Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20. Postfach Nr. 52.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postscheckkonto: Dresden 1580. Girokasse: Riesa Nr. 52.

№ 32. Montag, 8. Februar 1932, abends. 85. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postbezug RM. 2.14 einschl. Postgebühr (ohne Zustellungsgebühr). Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Der Reichskanzler Dr. Brüning in Genf.

Die große Generalaussprache hat begonnen.

Genf, 8. Februar.

Reichskanzler Dr. Brüning ist Sonntagnachmittag hier eingetroffen. In seiner Begleitung befanden sich der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, von Bülow, Reichspressechef Ministerialdirektor Dr. Zechlin und Oberregierungsrat Planck von der Reichskanzlei. Der deutsche Gesandte in Bern, Dr. Adolf Müller, war dem Reichskanzler bis Freiburg entgegengefahren.

Beim Empfang hatten sich am Bahnhof die deutsche Delegation, an ihrer Spitze Botschafter Radolny, vollzählig eingefunden, ferner der Untergeneralsekretär Dufour-Feronce, Generalkonsul Dr. Völkers und zahlreiche Pressevertreter. Die deutsche Kolonie war ebenso wie die deutsche Studentenschaft außerordentlich stark vertreten. Eine zahlreiche Menschenmenge, darunter viele ausländische Journalisten, erwarteten mit gespanntem Interesse die Ankunft des deutschen Staatsmannes.

Als Dr. Brüning den Zug verließ, brachte ihm die anwesende Menge begeisterte Kundgebungen dar, die sich bei seiner Abfahrt zum Hotel immer mehr verstärkten. Immer wurden Rufe laut: „Hoch Brüning!" Der Reichskanzler konnte sich nur mit Mühe den Weg zum Kraftwagen bahnen, der ihn mit seiner Begleitung zum Hotel Metropol brachte.

Auf der Fahrt nach Genf war der Reichskanzler verschiedentlich Gegenstand besonderer Begrüßungskungebungen. In Bern, wo ein kurzer Aufenthalt erfolgte, erschienen zahlreiche Vertreter der deutschen Kolonie und der deutschen Gesandtschaft. In Freiburg in der Schweiz hatte sich eine große Abordnung der deutschen Studentenschaft am Bahnhof eingefunden, um den Reichskanzler zu begrüßen.

Unmittelbar nach der Ankunft des Reichskanzlers im Hotel begannen innerhalb der Delegation die Beratungen.

Dr. Brüning stattete Sonntagabend dem Präsidenten der Abrüstungskonferenz, Henderson, einen Besuch ab. Zur gleichen Zeit hatte Staatssekretär von Bülow Unterredungen mit dem englischen und dem italienischen Außenminister.

Der Aufenthalt des Reichskanzlers in Genf wird, wie jetzt feststeht, bis Dienstagnachmittag dauern. Der Text seiner Rede kann naturgemäß erst nach dem Ergebnis der Erklärungen seiner Vorredner endgültig festgelegt werden. Sie wird selbstverständlich das Abrüstungsproblem vom außenpolitischen Gesichtspunkt behandeln.

Gegenüber einer gewissen Nervosität, die sich darin äußert, daß die Reichsregierung mit ihren Vorschlägen gegenüber den französischen Vorschlägen zurückbleibt, ist hervorzuheben, daß selbstverständlich die Reichsregierung positive Vorschläge zum Abrüstungsproblem bereit hat. Wann sie mit diesen an die Oeffentlichkeit tritt, muß sich ebenfalls noch im Laufe der Genfer Verhandlungen entscheiden.

*

Beginn der großen Generalaussprache.

Genf. (Funkspruch.) Die Generalaussprache über die allgemeine Abrüstung hat heute begonnen. Die Delegierten sind vollzählig vertreten. In der ersten Reihe, unmittelbar vor der Präsidententribüne, hat der deutsche Reichskanzler, Dr. Brüning, Platz genommen.

Um 10,15 Uhr erteilte der Präsident dem Vertreter Großbritanniens

Außenminister Sir John Simon

das Wort.

Sir John Simon führte aus, die Generationen, die den Krieg mit vollem Bewußtsein erlebten, fingen an, denjenigen Platz zu machen, für die der Krieg nur noch eine Kindheitserinnerung sei. **Es sei deshalb jetzt höchste Zeit, die Abrüstung zu fördern.**

Simon wies auf die **rüstungspolitische Ungleichheit der Staaten hin.** Die einen seien vertraglichen Beschränkungen unterworfen, während für die anderen nur ihre eigene Auffassung, ihre Bedürfnisse und Verpflichtungen oder die Ansprüche ihrer öffentlichen Meinung maßgebend seien, ohne andere vertragliche Beschränkungen als jenen Abrüstungsartikel des Völkerbundspaktes. Infolgedessen trete eine zunehmende Divergenz hervor. **Um weitere Komplikationen zu vermeiden, sei notwendig, auf vernünftigen Grundsätzen den Begriff eines Stichtages einzuführen, damit die Aufgabe der künftigen Abrüstung in wirksamer Weise gemeinsam unternommen werden könne.** Simon erklärte, **die Behauptung, daß der Friede der Welt durch Vorbereitung für den Krieg gesichert werden muß, findet keinen Glauben mehr. Ein hoher Rüstungsstand ist kein Ersatz für Sicherheit.** Im besten Fall schafft er die Illusion der Sicherheit auf der einen Stelle, während er gleichzeitig an einer anderen Stelle das **Gefühl der Unsicherheit verschärft.** Die Sicherheit, die wir **uns als Ideal vorgesetzt haben, ist Sicherheit für alle,** und **Sicherheit für alle hängt maßgebend von der Rüstungseinschränkung ab.** Rüstungen sind das Symptom eines pathologischen Zustands.

Simon sagte, daß die **Einschränkung der Rüstungen** durch internationale Vereinbarungen **nur auf zwei Wegen,** die einzeln oder gleichzeitig beschritten werden könnten, möglich sei. Das eine sei die **Methode der Festsetzung von Höchstgrenzen,** das andere sei der **vertragliche Ausschluß gewisser Werkzeuge oder Methoden.** Für beide Behandlungsarten sei **als weitere Garantie eine internationale Autorität erforderlich,** die effektiv sicherstellt, daß diese Beschränkungen nicht überschritten werden, indem sie **Uebertretungsfälle feststellt** und dadurch einen **wirksamen Druck der übrigen Welt auf die vertragsbrüchigen Staaten herbeiführt. England sei für diese Behandlungsarten und werde sein Möglichstes tun, um eine Durchführung zu sichern.** Beide Methoden seien in dem Konventionsentwurf enthalten, der nach Ansicht der britischen Regierung vorbehaltlich eingehender Prüfung jedes einzelnen Artikels die beste Grundlage der weiteren Arbeit bildet.

Die **britische Regierung** habe die **Frage der Höchstziffer eingehend geprüft.** Sie halte eine **weitgehende Herabsetzung der Rüstungen der Welt etwa im Ausmaß von 25 Prozent** für einen ausgezeichneten Gedanken. Simon hält es aber für physiologisch richtiger, von vorn herein ein **Maximum zu bestimmen, das nicht überschritten werden darf.** Er erklärte, Zweck der gegenwärtigen Arbeit sei doch, soweit als möglich nicht nur eine Begrenzung, sondern eine **Herabsetzung der Rüstungen** vorzunehmen.

Ueber die am Freitag veröffentlichten **französischen Vorschläge** erklärte er, daß diese mit eingehendster und wohlwollenster Aufmerksamkeit von der britischen Delegation geprüft werden würden. England werde jedoch für alle Aenderungen eintreten, die sich nach sorgfältiger Prüfung als zweckmäßig und brauchbar erweisen und wirklich zur Rüstungseinschränkung beitragen würden. Er sei überzeugt, daß **das Gewissen der Kulturwelt erst dann zur Ruhe kommen werde, wenn alle Praktiken, die dem Menschlichkeitsempfinden ins Gesicht schlagen, effektiv verboten werden.** Aehnliche Erwägungen seien auch für die **Unterseeboote** maßgebend. Die Abschaffung der Unterseeboote, daß wolle er nicht verheimlichen, würde im Interesse Englands liegen, aber nicht im ausschließlichen Interesse. **Der englische Vorschlag werde nicht im Interesse der englischen Kampfstärke, sondern im Interesse der Menschlichkeit und des dauerhaften Friedens gemacht. Die Verträge von Washington und London müßten nach Auffassung der britischen Regierung bis zu ihrem Ablauf im Dezember 1936 unangetastet bleiben.**

Zum Schluß seiner Rede erklärte Simon:

Wir nehmen als Grundlage der künftigen Verhandlungen das allgemeine Schema des Konventionsentwurfes und die Methoden der Rüstungsbegrenzung durch die Aufstellung von Höchstziffern auf Grund dieses Entwurfes an. Wir sind für die Einsetzung einer ständigen Abrüstungskommission. Wir verlangen die Abschaffung des Gas- und chemischen Krieges, ebenso die Abschaffung der Unterseeboote. Wir wenden unsere besondere Aufmerksamkeit solchen Verboten oder Beschränkungen zu, die geeignet sind, die Angriffsfähigkeit zu schwächen und dadurch zu versuchen, die Angriffe zu beseitigen.

*

Rede des französischen Kriegsministers.

Nach der französischen Uebersetzung der Rede Simons, dem während seiner Rede verschiedentlich und am Schluß besonders lebhaft Beifall geklatscht wurde, besteigt der **französische Kriegsminister Tardieu** die Rednertribüne. Tardieu betonte zu Anfang seiner Ausführungen, **die Aufgaben der Konferenz, eine Beschränkung und Herabsetzung der Rüstungen vorzubereiten, könne nur unter vier Bedingungen erfolgen.** Zunächst müsse die Sicherheit vorhanden sein, die Durchführung gemeinsamer Aktionen müßte gewährleistet sein, die geographische Lage und besonderen Verhältnisse müßten berücksichtigt werden.

Die Bedingungen, unter denen eine Beschränkung und Herabsetzung der Rüstungen erfolgen könne, seien je nach den Umständen verschieden. In diesem Zusammenhang erklärte Tardieu: **Gleichberechtigung bedeute nicht Gleichmacherei.**

Sicherung des Friedens und Herabsetzung der Rüstungen seien nur möglich, wenn ein allgemeines internationales Sicherheits- und Garantie-System, das für alle Staaten verbindlich sei, eingeführt werde. Dieser Aufgabe dienten die von der französischen Delegation vorgelegten Vorschläge.

Tardieu entwickelte dann im einzelnen die **französische These.** Der Artikel 8 des Völkerbundspaktes behandele nicht nur die Regelung der Rüstungsfrage, sondern auch die Schaffung kollektiver Sicherheit. Der Artikel 8 sei ein unteilbares Ganzes. **Eine Beschränkung und Herabsetzung der Rüstungen sei nur möglich, wenn gleichzeitig der nach französischer Auffassung erforderliche Ausbau der Sicherheitsorganisation des Völkerbundes erfolge.**

Frankreich, das bereits eine Herabsetzung seiner Rüstungen vorgenommen habe (?), sei bereit, für eine ganz bestimmte Zeit eine Begrenzung seines augenblicklichen Rüstungsstandes ohne besondere Bedingungen anzunehmen.

Tardieu begründete dann den **Standpunkt der französischen Regierung.** Die Rüstungen lasteten schwer auf der Bevölkerung Frankreichs. Im Vergleich zum Jahre 1913 habe Frankreich seine Effektivbestände um ¼, die Zahl seiner Einheiten um die Hälfte und die Dienstzeit um ⅔ gekürzt, im Gegensatz zu anderen Staaten, die ihre Rüstungen verstärkt hätten. Im Jahre 1919 hätten Großbritannien und die Vereinigten Staaten in einer feierlichen Erklärung anerkannt, daß Frankreichs Sicherheit ungenügend sei. Das französische Volk wolle nichts anderes als den Schutz und die Sicherheit seiner Grenzen. Frankreich habe stets eine großmütige Gesinnung gezeigt, so z. B. als es im Jahre 1930, 5 Jahre vor dem im Versailler Vertrag festgesetzten Termin, **ein Pfand aus seiner Hand gegeben habe. (Tardieu meint die Rheinlandräumung.)**

Aus Tardieus Ausführungen ging hervor, **daß die französische Delegation die Annahme ihres Programms als eine wesentliche Vorbedingung für praktische Schritte Frankreichs in der Abrüstungsfrage ansieht.**

Zum Schluß erklärte Tardieu, **ein Abkommen ohne Organisierung der Sicherheit wäre eine brutale und ungerechte Prämie für die Zahl und die Technik.**

*

Deutschland beantragt außerordentliche Ratssitzung.

Genf, 8. Februar.

Deutschland betrachtet die Verletzung des Memelstatuts als eine außerordentlich ernste Angelegenheit und wird die Behandlung durch eine sofort einzuberufende außerordentliche Sitzung des Völkerbundsrates beantragen. Die deutsche Delegation wird dem Generalsekretär des Völkerbundes sofort eine Note über die Memelfrage einreichen, die heute veröffentlicht werden wird. In der Sitzung des Völkerbundsrates, die sich mit der Memelfrage zu befassen hat, wird Reichskanzler Dr. Brüning, wenn seine Reisedispositionen es gestatten, Deutschland vertreten.

Der Reichskanzler hat sich am Sonntag entschlossen, bei dem Generalsekretär des Völkerbundes den Antrag zu stellen, die neuesten Vorkommnisse im Memelgebiet als einen Bruch des Status des Memelgebiets sofort auf die Tagesordnung des Rates zu setzen.

Die deutsche Note in Genf übergeben.

Genf. (Funkspruch.) Die **Note der deutschen Regierung wegen des litauischen Rechtsbruches im Memelgebiet** ist heute vormittag im Völkerbundssekretariat übergeben worden. Sie wird heute nachmittag in Genf und Berlin veröffentlicht werden. Der Zeitpunkt der Ratssitzung, die sich mit dieser Angelegenheit zu befassen haben wird, steht im Augenblick noch nicht genau fest. Es wird aber mit Dienstag oder spätestens Mittwoch gerechnet.

Hartnäckiger Kampf um die Wusung-Fort

Paris, 8. Februar.

Wie die Agentur Indopacifique aus Schanghai meldet, weht die chinesische Flagge immer noch über den Wusung-Forts, die von japanischen Flugzeugen bombardiert werden. Man vermutet, daß ein Teil der zehnten chinesischen Armee sich auf den Forts verschanzt hat.

Die Vorhut der von Tokio aus auf den Weg gebrachten Division (900 Mann) ist jetzt außerhalb der Forts gelandet. Kurz darauf wurde von den japanischen Zerstörern mit Unterstützung der an Land gesetzten Mannschaften sowie mehrerer Panzerautos das Feuer auf das Dorf Wusung eröffnet. Infolge der zerstörten Brücke über den Wusung-Bach konnten die Panzerautos nicht bis in das Dorf vordringen und beschränkten sich auf eine heftige Beschießung der von den Chinesen mit äußerster Tapferkeit verteidigten Ortschaft. Die Bewohner des Dorfes, meist arme Fischer, flüchteten panikartig.

In Schapei herrscht wieder Ruhe. Die heftige Beschießung der Stadt hat aufgehört. An vielen Stellen sind Brände ausgebrochen.